



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

Inland.

Berlin, den 10. Juni. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den bisherigen Kriminalgerichts-Rath Neumann zum zweiten Staats-Anwalt bei dem Kriminalgerichte hieselbst zu ernennen; und den Land- und Stadtgerichts-Assessoren Voigt zu Weissensee, Nothe zu Bitterfeld und Rehkopf zu Suhl den Charakter als Land- und Stadtgerichts-Rath zu verleihen.

Dem Oberlehrer an der Realschule zu Elberfeld, Förstmann, ist der „Titel als „Professor“ verliehen worden.

** Posen, den 10. Juni. Das Slawenthum. (Schluß.) Der Einwurf, daß das mächtige Rußland einen festen Anlehnungspunkt für das Slawenthum gewähre und daß es, jenen Bestrebungen nach einem großen Slawenreiche entgegen kommend, mit Erfolg bemüht sein werde, die übrigen Slawen zu sich heran zu ziehen und unter seiner Herrschaft zu vereinigen, ist, bei genauerer Erwägung, von geringem Gehalte. Niemals kann die Rückkehr zu den absolutistischen Zuständen, von denen die Größe und Macht Rußlands bedingt wird und denen Rußland seine Weltstellung verdankt, ein Schritt der Aufrichtigkeit für diejenigen Nationen sein, die, vermöge ihrer Verbindung mit Deutschen Völkern, für die freieren politischen Zustände empfänglich geworden sind und gerade in diesen zu ihrem volksthümlichen Aufschwunge den Boden finden. Eine so unnatürliche, überdies durch eingewurzelten Nationalhaß, durch Verschiedenheit der Sprache und Sitte den Widerspruch in sich tragende Vereinigung könnte nur zum Verderben der vereinigten Völkerschaften selbst führen und den Vertilgungskampf im Schoße des Slawismus eröffnen. Wenngleich hiernach bezweifelt werden muß, daß ein allgemeines Slawenreich jemals eine Wahrheit werde, so dürfen die im Zusammenhange stehenden Bewegungen der slavischen Völker gleichwohl nicht aus dem Auge gelassen werden. Sei es, daß Rußland einzelne Slavische Länder, in entschlossener Benutzung der getrübbten Zeitverhältnisse in sich aufnimmt und seine drohenden Ländermassen noch mehr vergrößert, sei es daß die Slawen zu einem Kampfe gegen das nachbarliche Deutschthum in ein Bündniß treten, immer ist die Wahrscheinlichkeit einer bevorstehenden gewaltsamen Erschütterung nicht gar fern und die menschliche Berechnung darf sich nicht daran wagen, die weiteren Folgen der jüngsten Welt-Ereignisse auch nur in allgemeinen Umrissen zeichnen zu wollen. Aber was, in Bezug auf die Slavische Frage, Gerechtigkeit und Klugheit gebieten, das möge Deutscher Seits bereitwillig geschehen, um die Schuld des etwaigen feindlichen Zusammenstoßes beider Volksstämme abzuwenden. Dies Gebot besteht in der Anerkennung der Slavischen Nationalität, in der friedlichen Auseinandersetzung zwischen Slawen und Deutschen, da, wo nicht die durchgängige Vermischung beider Völker ein unübersteigliches Hinderniß bietet. Im Großherzogthum Posen tritt diese Auseinandersetzung ins Leben, wenngleich mit großem Widerstreben der Polen, welche die heutigen nationalen Zustände des Großherzogthums verneinen, und die geschichtliche Erinnerung zum Maßstabe für ihre Territorial-Ansprüche machen wollen. Bei weitem schwieriger sind die Verhältnisse in Oesterreich, welches, — abgesehen von dem im Losreißen begriffenen Lombardisch-Venetianischen Königreiche, — eine fast überwiegende Slavische Bevölkerung enthält. Nachdem dort das alte System gefallen ist, welches nichts mehr vermied, als die ererbten und erheiratheten Länder zu einem organischen Ganzen zu verbinden und dessen politische Aufgabe darin bestanden hat, das Oesterreichische Kaiserhaus zu dem alleinigen Stütze der Oesterreichischen Monarchie zu erheben, also, seitdem dies System gestürzt worden, ist Oesterreich, schwankend zwischen Deutschen, Slavischen und Magyarischen Elementen, dem Zustande seiner Auflösung nahe gebracht. Die Böhmen haben bereits die provisorische Regierung proklamirt und versammeln in Prag die Abgeordneten der Slavischen Bewohner Mährens, Ungarns und der Länder des adriatischen Meeres; während sie, seit fast tausend Jahren ein Deutsches Reichsland im Herzen Deutschland, es jetzt wagen, diese Verbindung von sich zu weisen und gegen die Deutsche Bevölkerung des Landes feindlich aufzutreten, glauben die Deutschen Bewohner und Provinzen des Oesterreichischen Kaiserstaats mit Recht nur in dem engen Anschluß

an den Deutschen Bund die Sicherung ihrer Zukunft zu finden. Der Bruch zwischen den Oesterreichischen Slawen und den Oesterreichischen Deutschen ist somit geschehen und es ist die Frage der Zeit, ob der Oesterreichische Staat fortan ein Staat der Slawen werden, oder ob er ein Deutscher Staat bleiben soll.

Wie aber auch die Loose fallen mögen, so geziemt es dem Deutschen Volke, überall den Uebergriffen und Anfeindungen des Slawenthums mit Einheit und Kraft entgegen zu treten und die unverständigen und undeutschen Bestrebungen derer zu ersticken, die aus einer schon von Alters her im Deutschen Geiste wuchernden Fremdensucht, dem Slawismus ihren Beifallsruf senden und der Herrschaft desselben die Wohnsitze Deutscher Mitbrüder zu übergeben bereit sind.

†† Posen, den 12. Juni. Der Graf Cieszkowski hat in einer der letzten Sitzungen der Berliner constituirenden Versammlung das Zeichnen einiger polnischen Gefangenen mit schwarzer Farbe zum Gegenstand einer Interpellation gemacht. Auch von uns ist diese Maßregel gemißbilligt worden. Nach den zwischenzeitig eingegangenen Erkundigungen verliert sie jedoch sehr von ihrer Gehässigkeit. Der achtungswerthe Wunsch der Behörde, diejenigen Gefangenen, welche weniger strafbar erschienen, nicht zu lange ihren Familien, ihrem Erwerbe vorzuhalten, die Schwierigkeit, welche die Bewachung einer zu großen Zahl darbot und die Befürchtung durch Ueberfüllung der Gefängnisse der furchtbaren Typhus-Krankheit die Thore zu öffnen, riefen die Entlassungen, welche stattgefunden haben, hervor. Es lag, als man dazu schritt, die Befürchtung nahe, die Entlassenen, wenn sie ihren früheren Verführern wieder in die Hände fielen, abermals unter die Waffen treten, die herumziehenden Banden verstärken, die Sicherheit des Landes gefährden zu sehen. Es mußte daher an ihre Entlassung die Drohung einer strengen Strafe für den Fall geknüpft werden, daß sie sich aufs Neue in der früheren Weise betreten ließen. Aber wie die Wiedererkennung sicher und ohne zu große Weitläufigkeit möglich machen? Man fiel zuerst auf das Scheeren der Kopshaare, verwarf es aber als eine verhasste russische Methode. Der Weg der Färbung an einer Hand wurde endlich vorgezogen und als sich herausstellte, daß die Farbe durch das Reiben der Hand bei den schweren Handarbeiten sehr bald verschwinde, — beiläufig der beste Beweis, daß dieselbe keine brandmarkenden Substanzen enthielt, — bei einer geringen Zahl von Gefangenen eine nicht auffallende Zeichnung am Ohr vorgenommen. So aufgeklärt dürfte diese Maßregel, der wir, wie gesagt, von Haus aus auch nicht beistimmen konnten und um deren Einstellung die Militärbehörde, sobald man davon Kenntniß erhalten hatte, sofort ersucht wurde, — wenigstens den ihr beigelegten Charakter einer Brandmarkung verlieren; es dürfte vielmehr den Anschein gewinnen, als habe die Behörde damit im Interesse der Betheiligten handeln wollen, deren Zahl übrigens nur gering sein soll.

* Posen, den 13. Juni. Bei Abstimmung in Folge des Amendements zum Verendschen Antrage hat unter mehreren Deputirten auch der unsrige gefehlt. Unseren Mitbürgern können wir die eben uns zugehende zuverlässige Mittheilung machen, daß Herr Neumann seit einigen Tagen in Folge vielfältiger anstrengender Arbeiten aus Bett gefesselt, im Augenblick aber Reconvalescent ist.

△ Posen, den 13. Juni. Unsere Ansicht über den diesjährigen Wollmarkt scheint sich leider zu bewahrheiten. Bis jetzt stößt das Geschäft am Markte noch vollständig, so daß fast alle in ziemlich bedeutender Menge angekommenen Posten unverkauft sind. Der Producenten scheint sich bedeutende Muthlosigkeit bemächtigt zu haben, denn trotz der voraussichtlich sehr beträchtlichen Preisreduktionen fehlt es im Augenblick an Abnehmern. Ob das Geschäft im Laufe der heutigen und der übrigen Tage noch einen Aufschwung nehmen wird, bleibt zu erwarten. Jedenfalls werden wir diesen Wollmarkt zu den schlechtesten zählen, den Posen bis jetzt gehabt hat.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Versaffung.

Zwölfte Sitzung, vom 7. Juni.
Vizepräsident Esser eröffnet dieselbe gegen 12½ Uhr, indem er anzeigt,

daß Präf. Wilde verhindert sei, in der heutigen Sitzung zu erscheinen. Sekretär Abg. v. Daniels verliest das Protokoll, welches nach einem unbegründeten und deshalb wieder zurückgenommenen Einwurfe des Abg. v. Cieskowski angenommen wird. — Mehrere Mitglieder der Versammlung bitten für noch kommende Tage um Urlaub.

Hr. Graf Reichenbach spricht, mit Bewilligung der Kammer, über den Mißbrauch, welcher mit dem Eintrittskarten getrieben wird, und legt, zum Beweise dessen, zwei Karten vor, auf denen das Datum auf geschickte Weise verfertigt und dann von einem Gasthofs-Commissiönär an zwei hier Durchreisende verkauft worden. Er beantragt, daß die Vertheilung von Billets ganz und gar aufhöre und die Tribünen dem Publikum ohne Weiteres geöffnet werden. Hr. v. Berg kommt desgleichen auf den Mißbrauch, der mit den laufenden Billets zu den Tribünen getrieben wird. Ein Hinuntergehender nimmt 2—3 Billets mit sich und übergibt diese an dritte Personen, die dann hinaufgehen, während die eigentlichen Inhaber dieser Billets sich bereits auf der Loge befinden. Die sich über diesen Punkt weiter ausdehnende Verhandlung wird jedoch durch Hrn. Schulz (aus Wanzleben) beseitigt, der beantragt, daß die desfalligen Schritte dem Präsidenten zu überlassen seien und zunächst zur Tagesordnung übergegangen werde, welchem Antrage mit großer Majorität Folge gegeben wird.

Hrn. Keffeld, welcher das Wort wegen des Druckes, der auf der Buchfabrikation jetzt lastet, erbittet, wird dasselbe verweigert.

Finanzminister Hansemann erklärt, daß das Staatsministerium benachrichtigt worden, daß die mit Abfassung der Adresse beschäftigte Commission dasselbe zur Schlußberatung einlade. Er müsse jedoch ersuchen, daß immer nur diejenigen Minister eingeladen würden, welche gerade bei der Berathung nothwendig seien. — Hr. Grabow (Vorsitzender der Commission) zeigt an, daß die Commission nur den Minister des Auswärtigen direkt eingeladen, den übrigen Ministern aber nur angezeigt habe, daß heute um 6 Uhr mit der Schlußberatung vorgegangen werden würde, da weitere Auseinandersetzungen nicht in seiner (des Vorsitzenden) Verpflichtung gelegen. Wenn das Ministerium, wie es angezeigt habe, heute verhindert sei, in pleno zu erscheinen, so würde er gern einen anderen Tag festsetzen. Doch müsse dieser noch vor den Pfingstferien stattfinden, damit in diesen dann der Druck der Vorlage vor sich gehe, um den Mitgliebern Zeit genug zur Orientirung zu lassen. Vielleicht dürfte jene Sitzung morgen früh um 8 Uhr stattfinden. Finanzminister Hansemann giebt zu bedenken, daß die Morgenzeit gerade diejenige sei, in welcher die laufenden Arbeiten von den Ministern erledigt werden. — Nachdem noch Hr. Waldeck und Cultusminister Graf Schwerin gesprochen, wird die Angelegenheit endlich erledigt. — Man geht zur Tagesordnung über.

Hrn. Euler's Antrag, die Auswanderungen durch Vermittelung und unter dem Schutze des Staates zu organisiren, wird unterstützt und geht an die Abtheilungen.

Der Antrag der H. Pfahl, Bauer und Hagen, noch vor Erlass der neuen Communalgesetze eine freie Wahl der Ortsvorsteher, Landräthe u. nach dem Wahlmodus der Abgeordneten zu veranlassen, wird zahlreich unterstützt und geht an die Abth.

Hr. Ballnus: Antrag auf Feststellung eines Termines, bis zu welchem Petitionen angenommen werden (wird unterstützt zur sofortigen Debatte). Finanzminister Hansemann erklärt, ihm scheine dieser Antrag auf einem Mißverständnis (Lächeln) oder auf einer Verwechslung der Verhältnisse der gegenwärtigen Versammlung und des früheren Landtages zu beruhen. Das Petitionsrecht sei ein unbeschränktes und unveräußerliches des Volkes und dürfe daher unter keiner Bedingung geschmälert werden (Bravo). Hr. Ballnus (findet Anfangs Widerstand, endlich gelingt es ihm, die Worte zu rufen): Ich frage ganz einfach, was soll aus den Petitionen werden, die ankommen, wenn unsere Versammlung beendigt ist. (Schallendes Lachen.) Der Antrag wird ohne Weiteres verworfen.

Auf den Wunsch des ersten Vicepräsidenten übernimmt jetzt der zweite, Hr. Waldeck, den Vorsitz. Die nun folgenden, an das Ministerium gerichteten „Interpellations-Anträge“ des Hrn. Vogelsang, auf Veränderungen in der Verwaltung, Einrichtungen der Rechtspflege und des Staatshaushalts werden nicht unterstützt und also gleich von vorn herein abgelehnt. Hr. Schlink bringt gleichfalls drei „Interpellations-Anträge“ vor. Zu 1. ob das Ministerium die Eintheilung des Landes, den Staatsrath, die Provinzial- und Kreisstände, die Oberpräsidien, Regierungen und Landräthe, sowie die übrigen Verwaltungs- und Finanzbehörden in ihrer bisherigen Form und Verfassung beibehalten wolle; oder 2. diese Einrichtungen u. theils aufzuheben, theils zu vereinfachen, oder zu beschränken beabsichtige; (beide Anträge zu 1. und 2. werden nicht unterstützt) und ob endlich 3. die diesfälligen Gesetzesvorschläge, so wie die Gemeindeordnung nach der Versammlung bei Berathung der Verfassung vorgelegt werden. (Der Antrag zu 3. wird unterstützt.) Der Finanzminister Hansemann beantwortet indeß auch den Antrag zu 1. dahin, daß das Ministerium die gesammte jetzige Verwaltungs-Einrichtung nicht beizubehalten, sondern wesentlich zu ändern gedenke. Daraus erledige sich auch die zweite Frage von selbst. In Betreff der dritten könne angeführt werden, daß die Entwürfe über die Gemeinde-Ordnung und die Bürgerwehr der Versammlung jedenfalls noch vorgelegt werden sollen. In wie weit noch fernere Vorlagen zu machen seien, lasse sich jetzt noch nicht bestimmen. Hr. Elsner beschwert sich darüber, daß, obwohl die Versammlung auf die Anträge zu 1. und 2. nicht eingegangen, der Minister dennoch, der auch ihn bindenden Geschäftsordnung ungeachtet, sie beantwortet habe. Der Finanzminister meint, die Geschäftsordnung nicht überschritten zu haben. Die dritte Frage könne aber ohne Verührung der ersten und zweiten nicht beantwortet werden. Uebrigens seien die Minister berechtigt, zu jeder Zeit Mittheilungen über ihr Vorhaben zu machen.

Hr. Jung beantragt die völlige Aufhebung der das Gesinde betreffenden Gesetze, welche um so weniger jetzt, wo Diensthöten zu Abgeordneten wählbar, zeitgemäß und schicklich seien. Es können daher auf Diensthöten auch nur die gewöhnlichen Gesetze angewandt werden. Der Antrag selbst wird unterstützt, der, ihn morgen schon zu beraten, aber verworfen, vielmehr an die Abtheilungen gewiesen.

Hr. Behnisch beantragt, die Preussische National-Versammlung solle nicht eher über die Verfassung beschließen, als bis das souveräne Deutsche Volk durch seine Vertreter in Frankfurt die organischen Staats-Einrichtungen festgestellt, und zur bessern Errichtung dieses Zweckes will er: 1) Niederlegung eines Ausschusses, welcher die unmittelbare Verbindung der Deutschen mit der Preussischen

schon Versammlung erhalte; 2) gesetzliche Feststellung der in der März-Revolution wieder errungenen unveräußerlichen Volksrechte; 3) Abschaffung aller Mißbräuche, Lasten, Steuern, Privilegien und Monopole, welche dem für immer gesunkenen Feudal- und Patrimonialstaate angehören; 4) Hebung des materiellen Wohlstandes des Landes in der geistigen Bildung des Volks durch geeignete Vorkehrungen. Die Anträge werden unterstützt, doch nicht, nach dem Wunsche des Antragstellers, in den Abtheilungen vor dem Verfassungs-Entwurfe berathen werden; sie sind vielmehr einfach an die Abtheilungen gewiesen worden.

Hr. Schulz brachte noch zur Sprache, daß, der Erzählung nach, etwa 4000 Arbeiter seit einigen Tagen in Berlin brodlos sein und möglicherweise das Eigenthum bedrohen. Dies berühre das ganze Land insofern, als Alles, was unter den Augen der National-Versammlung vorgehe, der weitesten Deutung unterliege. Der Staat müsse, nach dem Landrechte, seine hilflosbedürftigen Angehörigen ernähren und den Arbeitslosen Arbeit schaffen. Danach müsse Rath geschafft werden. Die Kräfte des Magistrats reichen nicht mehr aus, die Arbeitskarten seien kraftlos. Da die Verpflichtung des Staats zu helfen vorliege, die Versammlung aber keine unmittelbaren Wege dazu angehen könne, so ergehe an das Ministerium die Anfrage: ist es wahr und weiß das Ministerium, daß eine so bedeutende Anzahl von Arbeitern hier brodlos sei; 2) trifft das Ministerium keine Vorkehrungsmaßregeln, da es anzunehmen, daß die Versammlung für den Fall der Hülse ihren Beitritt erklären werde. — Minister-Verweser v. Patow: Die brodlosen Arbeiter bringen nicht nur hier, sondern im ganzen Lande Verwickelungen hervor, deren Lösung zu den schwierigsten Aufgaben der Regierung und Versammlung gehören. Seit mehreren Wochen seien Stockungen im Handel und Gewerbe eingetreten, und Arbeiter dadurch brodlos geworden. Um dem Verlangen nach Beschäftigung entgegenzukommen, habe die Stadt Berlin und die Regierung viel gethan, letztere in Berlins Umgegend große Arbeiten vorgenommen und dabei 4000 Arbeiter beschäftigt. Dessen ungeachtet habe er (der Minister), noch andere Dinge in Aussicht, namentlich die schon lange ersuchte Verbesserung des niedern Oderbruchs, wobei der Beginn der Arbeiten allerdings vom Wasserstande abhänge; heut noch werde in einer Besprechung das Nöthige schon vorbereitet. Uebrigens werde er sich noch nach andern Beschäftigungszweigen umschauen. Ob die Zahl der jetzt hier Brodlosen 4000 betrage, wisse er nicht; vielleicht etwas geringer, groß sei sie jedenfalls. Die Armenpflege werde hier gehörig geübt, die angezogene Bestimmung des Landrechts aber nie zu verwirklichen sei.

Hr. Jungbluth beantragt, daß die zu verhandelnden Anträge wörtlich in die Tagesordnung aufgenommen werden.

(Schluß der heutigen Sitzung 2 Uhr 10 Minuten. Beginn der Donnerstag-Sitzung 12 Uhr Mittags.)

Dreizehnte Sitzung, vom 8. Juni.

Eröffnung 12½ Uhr. Präsident: Wilde. Sekretär Abg. Schneider verliest das gestrige Protokoll.

Präf. Wilde macht, auf die Beschwerde mehrerer Abgeordneten, daß sie noch fortdauernd Porto für die, von ihren Committenten an sie hier anlangenden, Briefe bezahlen müßten, bekannt, daß dieselben den bezahlten Betrag gegen Vorzeigung der betreffenden Couverts bei dem Postbeamten der Kammer wieder erhalten würden. Ferner solle mit der heute begonnenen Veröffentlichung der eingelaufenen Petitionen von Zeit zu Zeit fortgesetzt werden, um den betreffenden Abgeordneten Gelegenheit zu geben, ihren Committenten den richtigen Einlauf ihrer Petitionen u. zu bescheinigen.

Präf. Wilde schlägt vor, zunächst den Tit. II. des Verfassungsentwurfs, der von den Rechten der Staatsbürger handelt, zur engern Berathung zu ziehen. Hr. v. Kirchmann ist dagegen, indem ein Antrag vorliege, den vom Ministerium eingereichten Verfassungs-Entwurf ohne Weiteres zu verwerfen und sofort selbstständig einen anderen derartigen auszuarbeiten und zur Berathung vorzulegen. Es erhebt sich hierüber eine längere Debatte. Die Herren Köhler, Brill, Windhorst, Rieg und Temme sprechen nach einander. Als Letzterer eben seinen Antrag gegen den Vorschlag des Präsidenten motiviren will, betritt der Prinz v. Preußen die Kammer und nimmt an der rechten Barriere Platz (Mehreren Abgeordneten, die denselben durch Aufstehen empfangen, schallt der Ruf entgegen: Niederlegen!) Prinz v. Preußen: Ich bitte um das Wort in einer persönlichen Angelegenheit. Präsident Wilde: Der Abgeordnete für den Westfälische Kreis hat das Wort.

Prinz von Preußen (gespannte Aufmerksamkeit): Ich betrete diese Versammlung vermöge der auf mich gesallenen Wahl, und danke öffentlich für den hohen Beweis des Zutrauens, das man mir dadurch bewiesen. Ich würde schon gestern, gleich nach meiner Ankunft, hieher an meinen Platz geeilt sein, wenn der gestrige Tag nicht ein Tag der tiefsten Trauer für meine ganze Familie wäre. Doch heute ist mein erstes, hieher in die Mitte der Volksvertreter zu eilen, und Sie Alle willkommen zu heißen. Wir wollen bedenken, meine Verhandlungen blickt, die Segen tragen sollen für Fürst und Volk auf lange Jahre. Welch schöner Beruf! Die constitutionelle Regierungsform ist vom Könige für unsere Monarchie angenommen worden; ihr werde ich alle meine Kräfte weihen, wie ich es bei jeder Sache gethan, der ich mich einmal hingegeben. Mein Charakter liegt in dieser Beziehung offen vor Ihnen, Grundsätze, die ich einmal ausgesprochen, getreulich festzuhalten. In dieser Weise mögen Sie mein heutiges Erscheinen bei Ihnen deuten. Meine übrigen Geschäfte erlauben mir zwar nicht, bei Ihren Sitzungen stets gegenwärtig zu sein, und ich ersuche deshalb den Hrn. Präsidenten, meinen Stellvertreter einzuberufen, doch werde ich Ihren Verhandlungen meine ganze Aufmerksamkeit widmen. Möge Sie, wie mich, bei allen vorhabenden Handlungen der alte Preussenspruch beselen: „Mit Gott für König und Vaterland!“ (Bravo! Zwischen der Linken. Der Prinz verläßt die Kammer sofort, die Mitglieder der rechten Seite erheben sich neuerdings.)

Man geht nunmehr ohne Aufenthalt in der Debatte weiter. Von mehreren Seiten wurde zur Tagesordnung gerufen, als Hr. v. Ester die durch den Eintritt des Prinzen abgebrochene Debatte wieder aufnehmen will. Nachdem in dieser Angelegenheit noch die H. Blöm, Reichensperger und Schramm gesprochen, zieht der Präsident seinen Antrag bis morgen zurück.

Hr. Berends beantragt die sofortige Diskussion seines (unterstützten) Antrages: die hohe Versammlung möge zu Protokoll erklären, daß sie „in Anerkennung der Revolution“ beschließe: die Kämpfer des 18—19. März haben sich „wohl um das Vaterland verdient gemacht.“ (Wird mit großer Majorität gestattet.)

Hr. Berends: Indem ich über den angeregten Gegenstand das Wort ergreife, habe ich eine doppelte Pflicht zu erfüllen, zu sprechen, 1) für den Stadtbezirk Berlins, den ich hier verrete und 2) gegen die mißliebigen Gerüchte, welche in Bezug auf die Nichtanerkennung der Revolution artikuliren. Ich beantrage daher, daß es der hohen Versammlung gefallen möge, die Revolution vom 18. und 19. März anzuerkennen und demnach zu Protokoll zu erklären, daß die theilhabenden Kämpfer derselben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht haben. — Wenigleich unsere Anwesenheit an diesem Orte, das Dasein unserer Versammlung schon eine redende Anerkennung der Revolution ist, denn beides ist aus ihr hervorgegangen, so ist es doch auch formell nothwendig, daß die Versammlung es ausspreche, sie stehe auf dem Boden der Revolution, die dem Volke das Recht erworben, durch seine Vertreter sich selbst Gesetze zu geben. Der Herr Minister-Präsident hat neulich ausgesprochen, daß die Bildung der neuen Verhältnisse sich an die alten anschließen müsse, und zum Theil aus diesen hervorgegangen ist. In diesem Ausspruche liegt jedoch enthalten, daß eine wirkliche Revolution nicht stattgefunden, sondern diejenigen Rechte, die man jetzt uns ausuben sieht, eine freiwillige Gabe der Krone oder des gewesenen vereinigten Landtages sein. Das Volk, welches sich erhob, um seine Rechte zu erkämpfen, kann sich aber mit einer so dünnen Erklärung der neuen Dinge nicht befriedigen, denn gerade hier ist der Kampf ausgebrochen, hier, wo jene Rechte gewährt wurden, hier, wo man genau weiß, wie sie gewährt worden sind. — Man kann erwidern, daß der Kampf überflüssig gewesen, indem schon vorher fast alles Geforderte von der Krone gewährt worden. Nicht doch! Wenigleich nicht zu läugnen, daß jene bereits am Morgen des verhängnißvollen 18. März vorhanden, so gab es doch noch keine Garantien für ihre Erfüllung, Garantien, wie wir sie gleich nach und durch den Kampf durch das heilige Recht der Volksbewaffnung erlangten. Ich gestehe gern, daß ein so fürchterlicher Kampf nur zu bedauern, füge aber hinzu, daß er nothig gewesen, daß er die natürliche Folge der gespannten Verhältnisse gewesen. — Erkennt man den Kampf als eine ehrenvolle Revolution an, so folgt daraus schon von selbst, daß man auch die Kämpfer, die an ihr Theil genommen, ebenso achtungswerth findet. — Ich kann und darf es offen gestehen, daß es mir, einem Berliner, um so schmerzlicher gewesen, die Revolution vom 18. und 19. März selbst in Kreisen, in denen man Urtheil fassen und erwarten darf, ableugnen und sie als ganz gewöhnliche Straßen-Emeute bezeichnet zu hören, nachdem die Stadt selbst jene dadurch anerkannt hat, daß sie den gefallenen Helden und Opfern einen Leichenzug bereitet, unerhört in der Geschichte unserer Stadt und unseres Staates, anerkannt hat durch sorgsamste Unterstützung der Hinterbliebenen und der Verwandten. Ich schließe mich den neulichen Worten des Minister-Präsidenten an: durch Milde zur Versöhnung, denn ich nehme die Versöhnung mit den Todten für die lebenden Kämpfer in Anspruch, indem ich beantrage, daß die hohe Versammlung erkläre, wie diese sich um das Vaterland wohl verdient gemacht durch die Revolution. Ich trage darauf um so mehr an, als wir, den Provinzen gegenüber, die jenen Kampf oft verkannt und geschmäht haben, diese Erklärung nicht allein den wackeren Kämpfern, sondern auch uns selbst schuldig sind. (Beifall, hauptsächlich zur Linken.) — Hr. Meyers beantragt den Uebergang zur Tagesordnung, der jedoch von Niemandem unterstützt wird. (Rauschender Applaus, der Abgeordnete verläßt die Tribüne, die er schon bestiegen.)

Hr. Sommer meint, die Frage theile sich in zwei Abschnitte, in die Anerkennung der Revolution und in den Ausdruck, daß die Berliner Märzkämpfer sich wohl um das Vaterland verdient gemacht haben. Das erste bedürfe aber keiner Anerkennung, da die Anwesenheit dieser Versammlung die vollgültigste Anerkennung in sich schließt. Das zweite könne man indeß so ohne Weiteres nicht aussprechen.

Hr. Schulze (Delitzsch) bestreitet zunächst, daß zwischen Berlin und den Provinzen Betreffs der Revolution ein Zwiespalt herrsche, sie habe vielmehr, wie in der Hauptstadt, so auch im ganzen Lande den größten Anklang gefunden. Inzwischen haben nicht allein die Märzhelden, sondern das gesamte Volk Berlins habe durch seine musterhafte Haltung nach dem Kampfe die Revolution vollendet. Deshalb beantrage er als Amendement, daß „die Versammlung, in Anerkennung der Revolution, zu Protokoll erkläre: die Kämpfer des 18. und 19. März, so wie das Volk von Berlin, durch seine Haltung nach dem Kampfe, haben sich wohl um Vaterland verdient gemacht.“ Die Bewunderung für die Kämpfer wäre im ganzen Lande allgemein gewesen, als man aber die Haltung des Volkes von Berlin nach dem Siege erfahren, wie es, als alle Wunden noch frisch geblutet, sich groß gezeigt, da wäre die Bewunderung zu begeisteter Erhebung geworden. Seitdem habe man mitunter versucht, allerlei Fabelhaftes über Berlins Volk zu verbreiten, doch man müsse sich überzeugen, daß ein solches Volk vielleicht mitunter irren, nie aber sich selbst untreu werden könne. (Beifall.) Hr. v. Berg spricht für das Amendement und hiebei seine Freude aus, daß die Versammlung ein Mißtrauen, welches ihr eine neuliche Abstimmung zugezogen haben könnte, aufläre.

Ministerpräsident Camphausen: Die Versammlung solle über einen Gedanken ein Urtheil fällen. Die Regierung verlasse, wie dieß schon ausgesprochen worden, durchaus nicht die hohe Bedeutung des in Berlin stattgehabten Kampfes; es können indeß die Worte des Antrags: „in Anerkennung der Revolution“ zu Mißdeutungen Anlaß geben. Wollte man wiederholt erklären, daß durch das Patent vom 18. März, den Kampf von demselben Tag, das Zurückziehen der Truppen, die Bürgerbewaffnung ein neuer Zeitabschnitt angebrochen, so könne Niemand mehr als er (der Minister) damit einverstanden sein. Sollte dagegen durch jene Fassung ausgedrückt werden, daß der Staat seine rechtliche Begründung verloren habe, wir uns in einem Zustande befinden, wie England, nach der Revolution im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, wo nach Strömen des vergossenen Volksbluts die Gewalt in die Hände eines Dictators übergehen mußte: dann protestire er gegen solche Auslegung im Namen des Preuß. Volkes, im Namen der Bevölkerung Berlins, welcher sich der König nach jenen Tagen anvertraut habe. Der Antrag, wie er vorliege, enthalte eine Uebersetzung von Ausdrücken, wie sie 1789 in Frankreich gebraucht und dann widerrufen worden. Es würde für die Nationalversammlung nicht ohne Bedenken sein, sich in Formen, welche Spaltungen erzeugen können, auszudrücken. Die Form eines solchen Beschlusses hätte immerhin vorsorglich in den Abtheilungen beraten werden können, und es möchte die Zahl der Amendements zeigen, daß man gerade über die Form noch nicht einig werden könne.

Hr. Reichensperger II. stellt das Amendement, daß der Dank Allen,

die zu dem großen Umschwunge beigetragen, ausgesprochen werde. Herr Sarrasowicz macht das Amendement, daß die Versammlung erklären solle, sie erblicke in dem Kampfe vom 18. und 19. März den Anfang eines neuen Rechtszustandes; Herr Schneider, daß statt „Revolution“ „errungene Freiheit“ gesetzt werde. (Schluß folgt.)

Berlin, den 9. Juni. Die Spannung mit welcher die Abstimmung in der National-Versammlung über den Berendschen Antrag erwartet wurde, hatte schon während der Sitzung große Volksmassen in der Nähe des Gebäudes versammelt, in denen sich eine vielfache Aufregung zeigte. Es traten Redner in verschiedenen Gruppen auf, welche theils beruhigende, theils aber auch aufregende Ansprachen hielten. Schon stellte sich die Absicht heraus, daß ein Theil der Masse in den Sitzungssaal eindringen wollte. Einer der Redner drang jedoch mit seiner Meinung so weit durch, daß man beschloß, nur eine Deputation, gebildet aus vier Personen, wobei ein Arbeiter, in die Versammlung zu senden. Die aufgestellte Bürgerwehrwache erklärte jedoch, Niemanden den Eingang gestatten zu dürfen. Die unruhig werdende Masse wurde abermals beschwichtigt, und man beschloß nunmehr einen Bürgerwehrmann mit der Anfrage bei dem Präsidenten der National-Versammlung zu beauftragen, ob er eine Deputation empfangen könne? Die Antwort kam zurück, daß der Präsident im Sitzungssaal Niemand empfangen, jedoch in den Vorraum hinauskommen wolle. Dorthin begab sich nun die Deputation. Inzwischen war das Resultat der Abstimmung bekannt geworden, und versetzte die Massen außerhalb in erneuerte Aufregung. Wie wir hören, sind mehrere Minister und Deputirte, insbesondere der Minister des Auswärtigen, v. Arnim, und der Deputirte für Berlin, Prediger Sybow, beim Heraustrreten aus dem Gebäude thätlich mißhandelt worden. Die Angaben darüber lauten indeß so widersprechend, daß wir nicht auf Einzelnes eingehen können. Nur so viel, daß die Studirenden sofort auf die ehrenwertheste Weise einschritten, den Bedrängten ihr Geleit gewährten und sie in die Aula schützend aufnahmen. *)

** Berlin, den 10. Juni. Das Ministerium hat in der Abstimmung über den Berendschen Antrag mit einer Majorität von 19 Stimmen den Sieg davon getragen, nachdem es die Debatte zur Prinzipien-Frage und vielleicht zur Kabinetts-Frage gemacht hat. Unseres Erachtens war der Kampf ein unnöthiger, und das Ministerium hätte, ohne sich zu gefährden, auch in der anderen Weise entschieden sehen können. Sehr Auffälliges hat die Abstimmung geboten. So standen auf den verschiedenen Seiten Personen, die man auf der entgegengesetzten vermuthet hätte, wie überhaupt das Ungelegentliche der Debatte immer mehr ersichtlich ist. Das Ministerium hat, wie gesagt, gestiegt, vielleicht in einer Weise, die eher einer Niederlage ähnlich ist. Es steht aber auch hoffentlich fester als auf dem eben errungenen Kampfesboden. — Daß in der Posener Sache an der Erhaltung des gegenwärtigen Ministeriums sehr viel gelegen sein muß, ist ziemlich unbestritten, aber es ist nicht nöthig, die Angelegenheit auf die Existenz des einen Kabinetts zu bauen; sie ist glücklicherweise fester begründet; die Sache der Deutschen in Posen wurzelt jetzt tief genug in der allgemeinen Stimmung, als daß sie von dem Bestand eines Ministeriums abhängig und mit diesem in Frage gestellt sein könnte. Das Ministerium Camphausen kann möglicher Weise stürzen und einem anderen Platz machen, wie aber auch der Zug der Dinge komme und der Würfel falle, wie die Verhältnisse in Deutschland sich auch gestalten mögen, weder eine Preussische noch eine Deutsche Nationalversammlung wird so blödsinnig sein, die Posener Frage anders zu beantworten, als es Patriotismus und Klugheit fordern. — Es ist nicht zu läugnen, daß jetzt die Reaction ihr Spiel treibt, und mitunter herausfordernd auftritt, aber unter den jetzigen Anzeichen ist ein Sieg derselben nicht möglich, die Wachsamkeit des Volkes kann durch die geschicktesten Wendungen und Redensarten nicht getäuscht worden; sehr viele Klassen der Berliner Bevölkerung zeigen neben dem größten Eifer für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, eine glühende Begeisterung für die errungene Freiheit, die mehr und mehr wächst, je ersichtlicher gelegentlich die Bestrebungen einer reactionären Partei werden. Aber man würde irren, glaubte man, die anarchischen Bestrebungen jenes literarischen Proletariats, das in einzelnen Klubs mit widerlicher Affectation sich gebehrt, fänden allgemeinem Anklang. Die Anarchie sowohl wie die Reaction arbeiten sich in die Hände, um sich wechselseitig zu zerstören, und zuletzt siegt der gesunde Sinn und die wahre Freiheit. — Die Bewegung, welche durch die motivirte Tagesordnung gestern hervorgerufen wurde, war ziemlich drohend, legte sich aber bald. Jeder, der in den Tagen vom 18ten und 19ten März bis heute nur die äußere Physiognomie Berlins gesehen hat, weiß, daß wir eine vollständige Umwälzung der Dinge erlebt haben. Vielleicht ist es gut, daß wir durch den Ausdruck

*) So eben geht uns folgende Mittheilung zu: „Als Augenzeuge der Vorgänge vor dem Nationalgebäude (Singakademie) am gestrigen Tage lege ich hiermit mein öffentliches Zeugniß, so weit meine Wissenschaft reicht, der Wahrheit gemäß ab. Etwa gegen 3 Uhr stand ich vor dem Plaze zum Eingang des Nationalgebäudes. Mehrere zerstreute Gruppen Menschen befanden sich vor demselben, ohne jedoch die Passage irgend wie zu sperren. Der Minister Graf Arnim trat aus dem Vorgarten des Nationalgebäudes und blieb vor einer Gruppe stehen, in welcher ich mich befand. Er wurde von Keinem aus dieser Gruppe angeredet, sondern stieg die Hand an die Seite und fragte in einem offenbar verlegenden Ton: „Wozu stehen Sie hier? Worauf warten Sie denn?“ — Es entstand hierauf eine kleine Pause, da aber die Worte des Hrn. v. Arnim so laut gesprochen worden waren, daß eine große Masse Einzelner in andern Gruppen stehender Menschen sie hörten, so wurde er sofort umdrängt, wodurch ich aus dem Bereich der eigentlichen weiteren Vorgänge verdrängt wurde. — So wenig nun diese meine Mittheilung ausreicht, um die späteren Thatfachen zu constatiren, so halte ich es doch für meine Pflicht, zur Vermeidung böswilliger Entstellungen, durch Obiges darzutun, daß nach meiner fester Ueberzeugung die herausfordernde Anrede des Herrn v. Arnim die erste Veranlassung zu den ferneren offenbar ungeleglichen und die persönliche Freiheit verletzenden Scenen gegen ihn, gewesen sind. Meiner festen Ueberzeugung nach hätte Herr v. Arnim ohne jede Anrede völlig unbedacht seinen Heimweg antreten können. H. Schwaab, Kaufm., Spandauer Str. 15.“

der Versammlung die begriffliche Verbindung der alten und der neuen Zeit haben festsetzen sehen, thöricht aber wäre es, die neue Zeit zu leugnen, oder ihr nach und nach solche Bausteine aus der frühern herüberzuholen, die jetzt bröckelig und mürbe sind. Leben wir vollständig in der Zeit und erkennen sie in ihrer Großartigkeit an! Die Insulte, die Arnim und Sydow gestern erfahren haben, erregen im Volke allgemeinen Unwillen. Uebrigens sind keine Thätlichkeiten gegen sie vorgekommen; gegen Sydow, der in der That sowohl am Grabe der Gefallenen als in den Wahlversammlungen mit den prunkendsten Worten von der Revolution gesprochen hatte, machte sich die Mißstimmung in freilich sehr bedrohlichen Redeweisen Luft. Magistrat, Stadtverordnete und Bürgerwehr werden übrigens nach Kräften dahin wirken, jeden ferneren nicht genug beklagenswerthen Exceß gegen einen Vertreter des Volkes abzuhalten und mit Strenge vorkommendenfalls aufzutreten. Arnim hat den Zorn selbst gegen sich durch sein Benehmen provocirt. In der Aula der Universität sprach er, wurde aber kalt aufgenommen; er dankte seinen Rettern und bat um ihre Namen; seine Salons stünden ihnen offen, aber allgemeines Stillschweigen folgte. — An den Ecken soll ein Anschlag zu lesen sein, der denjenigen Deputirten, die mit Füßen statt mit verständiger Rede kämpfen, mit regelmäßiger Namensveröffentlichung droht; das Placat soll sehr achtbare Unterschriften tragen, unter andern die des früheren Stadtverordnetenvorsiehers Fournier. Zum Schluß noch etwas Scherzhaftes. Nachdem vorgestern in einem Maueranschlag die bisherigen Arbeiten der Nationalversammlung, die nun schon 24,000 Rthlr. kosten, auf 100 Rthlr. geschätzt werden, circulirt heute der Wit, die Arbeiter von den Rehsbergen hätten darauf angetragen, die Deputirten mögen fortan, wie sie, nur auf Accord arbeiten.

Wien, den 8. Juni. Die Wiener Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theil Folgendes: „Mehrere an das Ministerium gelangte Erklärung aus Böhmen haben die Errichtung einer provisorischen Regierung in Prag gemißbilligt, und auch der constitutionelle Verein daselbst hat die Bitte gestellt, die im Prager National-Ausschuß projectirte provisorische Regierung als unbegründet und dem constitutionellen Wesen zuwiderlaufend nicht zu bestätigen. Das Ministerium hat die Voraussetzung, unter welcher eine provisorische Regierung beabsichtigt wurde, eben so als unrichtig, wie diesen Vorgang selbst als ungesetzlich erkannt, und kann daher nicht zugeben, daß die provisorische Regierung eine Wirksamkeit ausübe und der Verband mit der Central-Regierung beeinträchtigt werde.“

Prag, den 6. Juni. (Oesterr. Deutsch. Ztg.) In Bezug auf den Erlaß des Ministeriums in Wien gegen die Errichtung des provisorischen Regierungsrathes für Böhmen (Preuß. St.-Anzeig. Nr. 35) hat der Gubernial-Präsident, Graf Leo Thun, in der Const. Prag Ztg. nachstehende Kundmachung erlassen: „Der Minister des Innern, Freiherr von Pillersdorf hat mit Erlaß vom 1. I. Monnats gegen die Bildung einer provisorischen Regierung in Prag Protest eingelegt, dieselbe für null und nichtig erklärt und mich aufgefordert, ihr wenigstens bis zur Entscheidung Sr. Majestät keine Folge zu geben. Er hat mich zugleich für alle Folgen und Nachteile, welche daraus entstehen können verantwortlich gemacht, und diese Verantwortung auf alle diejenigen ausgedehnt, welche an dem von ihm ungesetzlich erklärten Schritte Theil genommen haben, so wie auf alle Behörden und Staatsdiener, welche demselben Folge geben, und mich beauftragt, seine Verwahrung bekannt zu machen.“

Laut meiner Kundmachung vom 29. Mai I. J. hat der provisorische Regierungsrath, von dessen Bildung ich Sr. Majestät sogleich die allerunterthänigste Anzeige erstattet habe, bis zur allerhöchsten Entscheidung nur die Bestimmung, über solche den Wirkungskreis der Landesstelle überschreitende innere Landes-Angelegenheiten zu entscheiden, welche durch die außerordentlichen Verhältnisse in Folge der Ereignisse in Wien unverschieblich werden dürften. Die Bildung desselben hat daher die Stellung der Landesbehörden in keiner Weise verändert, und eine Verantwortung kann demnach nicht die mir unterstehenden Behörden und Staatsdiener, sondern nur mich allein treffen.

„Diese Verantwortung trage ich mit ruhigem Bewußtsein, nachdem diese außerordentliche Maßregel, ehe sie die Genehmigung Sr. Majestät im verfassungsmäßigen Wege erhält, nur erst dann in Wirksamkeit treten würde, wenn die Folgen der verfassungswidrigen Vorgänge in Wien es durchaus unmöglich machen sollten, daß die Landesregierung, deren Leitung mir anvertraut ist, sich nur in der streng gesetzlichen Bahn bewege. Prag, den 4. Juni 1848.“

Graf Leo Thun, Kaiserl. Gubernial-Präsident.“

† Triest, den 8. Juni. Ich habe in meinem letzten Schreiben richtig vorausgesagt, daß wir in unserer Nähe Seetreffen haben werden. Nur darin habe ich geirrt, wenn ich glaubte, wir würden Alles von hier aus höchstens mit bewaffnetem Auge erspähen könne. Sie kennen aber unsere Vorgänge: Wir führen hier in den letzten Tagen ein höchst bewegtes Leben; Kanonendonner, der vom Meere herüberhallend an unseren Kreidebergen mit vielfachem Echo sich bricht und mit dem Getöse der Strandbatterien sich verbindet, bildet die monotone Begleitung eines unaufhörlichen Lärms, der namentlich in der Hafengegend gelegentlich unerträglich wird.

Seit gestern früh liegt die feindliche Flotte zum zweiten Male auf Schußweite vor der Stadt und droht mit einem Bombardement. Vorgestern Nacht hatten wir ein Kanonengefecht, dicht vor dem Hafen, wobei ein Paar Sardinische Schiffe jämmerlich zugerichtet wurden. Unter Anderm ist von den Figuren gut der Prora des einen auch der Kopf des Carlo Alberto heruntergeschossen und jetzt auf der Hauptwache der Nationalgarde ausgestellt worden. Man hofft im Uebrigen, daß bei uns Alles glimpflich vorübergehen würde. Im Stillen armirt Triest seine

Kauffarthtschiffe, um auf eigne Hand der schwachen Oesterreichischen Flotte zu Hülfe zu kommen und die lästigen wortbrüchigen Gäste sich vom Halse zu schaffen. Triest und seine Litorale wird der Oesterreichischen Regierung wohl auf alle Fälle erhalten bleiben. Dafür spricht vor Allem die Gesinnung der Bevölkerung, die im Ganzen gut Oesterreichisch ist, und die nicht ohne Anerkennung auf die bisherige Thätigkeit der Regierung zur Hebung der Stadt blickt. Auch fehlt den Bewohnern das Drückende des sonst im Lande herrschenden Ueberwachungs-Systems, denn bei allem Absolutismus hat es die Verwaltung verstanden, eine aufblühende Hafenstadt von all den Verationen frei zu halten, die im übrigen Lande so schwer auf der Bevölkerung und namentlich dem Fremden lagen. Täusche man sich aber nicht; und irren würde man, vermuthete man hier ein reges politisches Leben, gehoben durch begeisterte Hingebung, oder gar durch eine freundliche Betheiligung bei der Umgestaltung Deutschlands. Dazu ist die hiesige Bewohnerschaft aus zu viel fremdartigen Elementen zusammengesetzt, dazu fehlt ihr auch alle Anlage. Triest ist nichts mehr und nicht weniger als eine große Handelsstadt, zu großen Opfern nicht bereit; unsere Abgeordneten in Frankfurt werden höchstens den rein Oesterreichischen Standpunkt einnehmen*), wie ich überhaupt glaube, daß ein Aufgehen Oesterreichs in Deutschland nicht möglich ist, und Oesterreich zufrieden sein kann, neben dem einigen Deutschland eine Europäische Großmacht zu bilden. — Italien scheint für uns verloren. Wir führen einen unruhigen Krieg gegen eine muthige, in sich ganz geschlossene Bevölkerung, die durch vielfältige Unterstützung ihrer übrigen Landsleute die Losreißung vom Kaiserreiche sicher erzielen wird. Carlo Alberto bedeckt sich mit Ruhm; die Waffenthat bei Peschiera hat ihm neue Lorbeeren gebracht. Aus Neapel sind wir seit der jüngsten Contrerevolution ohne wichtigen Nachrichten.

*) Ist leider der Fall gewesen.

U n s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris den 5. Juni. Unter Trommelwirbel wurde heute folgende Proklamation in den vollreichsten Stadtvierteln verlesen: „Der Maire von Paris an sämtliche Maires der Stadtviertel. Bürger Maire! Die Regierung hat sich nothwendigerweise mit den Volks-Aufläufen beschäftigen müssen, welche seit einigen Tagen in verschiedenen Gegenden der Stadt stattfinden. Befehle sind gegeben worden, um diese Aufläufe zu zerstreuen und den Verkehr überall herzustellen, wo derselbe unterbrochen worden. Die Staatsgewalt der Republik nimmt nur mit Schmerz zu nachdrücklichen Maßregeln ihre Zuflucht; sie hat zu dem gesunden Sinne der Bevölkerung volles Vertrauen; sie hegt alle Achtung vor deren Rechten und würde sie nöthigenfalls gegen jeden Reactions-Versuch schützen. Aber je mehr sie zur Aufrechterhaltung der Freiheit entschlossen ist, desto mehr erkennt sie es als ihre Pflicht, dieselbe nicht durch eine aufrührerische und fruchtlose Agitation gefährden zu lassen, welche nur die Unordnung erzeugen könnte, die einige bezahlte Agenten und Präbendenten benutzen würden, um neue Keime der Unruhe und Anarchie zu säen. Ehe sie jedoch die Strenge dieser Maßregeln fühlen läßt, kommt es den städtischen Behörden zu, das Volk zu benachrichtigen und zu warnen. Bieten Sie also ihren amtlichen Einfluß auf, um zunächst ihre Administrirten abzuhalten, aus bloßer Neugierde die Haufen zu vermehren, welche sich auf den Straßen bilden. Es kann nichts Gutes aus diesen Aufläufen entstehen; das Nachtheilige derselben begreifen. Sie sicher so gut als ich. Dieselben nähren eine gewisse Neugierlichkeit, die alle Geschäfte hemmt. Keinerlei Erwerb ist ohne Vertrauen möglich; kein Vertrauen kann aber eintreten, so lange noch Gefahr droht. Und welches sind die nächsten Opfer der Krisis? Die Arbeiter selbst, denen die gehemmte Produktion das Brod nimm. Im Namen der Arbeit müssen daher die Ordnung geschützt, die öffentliche Friede gesichert und der Industrie die Zuversicht zurückgegeben werden. Dies ist der Wunsch der unermesslichen Mehrheit der Bevölkerung. Seien Sie deren Organ; warnen Sie die Unvorsichtigen: Der Arm der Gerechtigkeit wird die Schuldigen zu erreichen wissen. Paris, 4. Juni. (gez.) Armand Marrast.“

— Die von dem General-Prefuratur am Pariser Appellations-Hofe, Herrn Portalis, und vom Procurator der Republik beim Tribunal erster Instanz für das Seine-Departement, Herrn Landrin, eingereichten Entlassungs-Gesuche sind, wie der heutige „Moniteur“ meldet, angenommen worden.

— Der neue Gesandte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Dr. Varmann aus Unterwallis, hat dem Minister Basile seine Vollmachten überreicht.

— Im „Moniteur“ liest man: „Vor acht Tagen noch, als die National-Verfassungen unter der Leitung des Herrn Emile Thomas standen, herrschten in denselben eine große Unordnung und ein Geist der Gewaltthätigkeit, welcher schwer niederzuhalten war. Herr Thomas selbst hatte sich mehrere Male über die Gefahren beklagt, unter welchen er zu Monceaux, dem Sitz des Direktoriums der Verfassungen, stehe, und über die Drohungen, welche ihn ohne Unterlaß verfolgten. Seit jener Zeit sind nun diejenigen Anordnungen getroffen worden, welchen der frühere Direktor immer seine Mitwirkung versagt hatte, weil dieselben, wie er behauptete, gefährlich und unausführbar seien. Diese Anordnungen, weit entfernt, das Uebel zu vermehren, haben dasselbe schon sehr vermindert. Ordnung und Ruhe herrschen überall; das Räderwerk der Verwaltung vereinfacht sich; die Aufsicht ist leichter und besser. Die Ersparung, welche durch eine strenge Prüfung herbeigeführt wird, durchbringt alle Theile und alle Einzelheiten dieser wichtigen Rechnungsführung und wird dieselbe bald ändern. Um sich einen Be-

(Mit zwei Beilagen.)

genügt es, anzuführen, daß dieselbe für den Dienst in ihren Wagenschoppen und griff von dem Luxus und der Verschwendung der früheren Verwaltung zu machen, Pferdekösten fünf Coupés, vier Cabriolets, vier Tilburys und eine Kalesche, zusammen vierzehn Wagen und achtunddreißig Pferde hatte. Der größte Theil dieser Wagen wird bereits verkauft; auch zehn Pferde sind schon aus den Ställen genommen, und elf andere sind zu verkaufen. Die Revision, welche am Sonnabend beendet sein wird, scheint für den Staat eine tägliche Ersparniß von 25 bis 30,000 Fr. herbeiführen zu müssen.“

— Der Minister des Innern hat an die Präfekten aller Departements den Befehl ergehen lassen, keinem Arbeiter mehr den Paß nach Paris zu visiren, wenn derselbe nicht im voraus sich über vollständige Privat-Unterhaltungsmittel ausweist.

— Ein Neffe des General Courtais, Herr von Juvisy, hat die Stelle als Legations-Sekretair in Bern erhalten.

Legations-Sekretair in Bern erhalten.

— General Korte ist zum Kommandeur der Kavallerie des Seine-Departements und General Grouchy zum Kommandeur der Kavallerie der Departements der Seine und Oise ernannt.

— Galignani's Messenger zufolge, heißt es, die interimistische Regierung wolle der National-Versammlung die Einrichtung eines Polizei-Ministeriums vorschlagen.

— Eine bedeutende Anzahl der in den National-Werkstätten beschäftigten Arbeiter soll schon um Pässe und Geld-Unterstützung nachgesucht haben, um in ihre Heimath in den Provinzen zurückkehren zu können. In Compiègne wurden, nach einem Schreiben von dort, 400 Arbeiter aus diesen Werkstätten erwartet, um die Leinpfade für die Flußschifffahrt zu verbessern.

Großbritannien und Irland.

London, den 4. Juni. Das Oberhaus beschäftigte sich in seiner vorgestrigen, nur kurzen Sitzung mit Berathung von Maßregeln zur Unterdrückung der in den Straßen der Hauptstadt jetzt häufig vorkommenden Aufläufe und Prozeffionen. Lord Brougham lenkte, wie schon kurz erwähnt, die Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen Gegenstand. Er könne begreifen, sagte er, warum eine Volks-Versammlung gehalten werde, obgleich auch bei dieser Mißbräuche verhütet werden müßten; aber er könne nicht begreifen, wozu die systematischen Züge der Chartisten und Repealer bei Nachtzeit durch die Straßen dienen sollten, bei welchen gar keine Berathung möglich sei. Man sage, daß das Volk durch solche Entfaltung seiner Kräfte Veränderungen der Geseze durchführen wolle; allein er hoffe, daß Aenderungen auf solche Weise nicht würden durchgesezt werden können. Diese fortdauernden und systematischen Umzüge störten die Gewerbsthätigkeiten, belästigten die Polizei, ermüdeten die Freiwilligen Konstabler und das Militair, und erfüllten den ruhigen Theil der Einwohner mit Besorgniß und dies Alles, ohne daß sie möglicher Weise auch nur einen einzigen guten Erfolg haben könnten. Der Herzog von Wellington war derselben Meinung, indem er bemerkte: Seit den lezten vier Nächten sei fast die ganze Stadt unter Waffen gewesen; seit vergangener Montage hätten die Truppen, die Polizei und viele Bewohner aller Stände jede Nacht in Bereitschaft gehalten werden müssen. Er hoffe, daß die Lords suchen würden, ein Mittel zu finden, um die Wiederherstellung eines Uebels zu verhüten, welches seit Eröffnung der Sitzung des Parlaments schon ein halb Duzend Mal eingetreten sei. Es fielen ihm zwei Maßregeln zu deren Verhütung ein. Das eine Mittel sei, überall Versammlungen, welche zu zahlreich seien, zu verbieten. Ein zweites Mittel sei, diejenigen, welche unter irgend einem Vorwande solche Versammlungen beriefen, für die üblen Folgen derselben, für die Zertrümmerung von Fenstern und anderem Eigenthum, verantwortlich zu machen. Man möge diese Leute mit ihren eigenen Geldtaschen für diesen Schaden verantwortlich machen. Wenn dies geschehe, dann würden sie gewiß nicht so leicht bereit sein, solche Versammlungen zu berufen, zu keinem anderen Zwecke als Neben zu halten und das Volk zur Ermordung aller derjenigen aufzufordern, welche zu der Bestrafung eines Verbrechers mitgewirkt hätten.

Posen, den 13. Juni. Von dem ehemaligen Anführer der Partisanen im Großherzogthum Posen, Hrn. Wilczyński, ist die Redaktion der Bremer Zeitung ersucht worden, den nachstehenden von ihm an den General v. Pfuel erlassenen offenen Brief zu veröffentlichen:

Herr General!

Aus den Zeitungen habe ich ersehen, daß der Justiz-Kommissarius Herr Jakob Krauthofer-Krotowski gefänglich nach Posen eingebracht und da selbst in Ketten gelegt worden sei. Ebenfalls, daß derselbe sehr schwerer Verbrecher beschuldigt wird und er deßhalb vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll. Da ihm nun, vielfachen Zeitungskorrespondenzen und sogar amtlichen Veröffentlichungen zufolge die Anführerschaft eines polnischen Partisanenkörpers in dem letzten Freiheitskriege der Polen des Großherzogthums Posen zur Last gelegt wird, und sogar gefälschte Dokumente, zu seinem größten Nachtheil veröffentlicht werden, — wie z. B. das „an die General-Kommission in Posen“ — worin er mit Wehingerichten drohend sich ganz allein, als Chef der Partisanen unterzeichnet haben soll, Fälschungen sowohl dem Inhalte, als dem Sinne nach, so halte ich es für die heiligste Pflicht, die ich dem Hrn. Krotowski schuldig bin, Sie, Herr General, welchem ein so wichtiges Amt von der preussischen Regierung übertragen worden ist, mit der Wahrheit vertraut zu machen, damit in Ihrem Namen und unter Ihren Augen in der in Rede stehenden Angelegenheit, namentlich gegen den ic. Krotowski keine offenkundigen Ungerechtigkeiten geübt werden.

Der Herr Jakob Krauthofer-Krotowski ist, wie dies allgemein bekannt ist, und auch von seinen erbittertesten Feinden nicht abgelängnet werden kann, am 2. Mai aus Posen abgereist, um das Schicksal der an diesem Tage von uns gefangenen Landwehr-Lieutenants Burgund und Otto Brachvogel zu ermitteln und möglichen Falls ihre Freilassung zu erwirken. — Er ist noch an demselben Tage in Gorka bei Stenzewo angelangt und meldete sich bei mir während unseres Marsches nach Moschin, wo er mir sofort über seine Mission Bericht er-

stattete. Da damals noch über das Loos der Gefangenen kein Beschluß gefaßt war, und dieser erst am 3. Mai, an welchem Tage alle Gefangenen nach Moschin gebracht werden sollten, definitiv erfolgen sollte, so ließ ich ihn mitziehen und während des Marsches die Gefangenen unter seinen Schutz nehmen. Schon am anderen Tage konnte er sich einer glücklichen Erledigung seiner menschenfreundlichen Mission erfreuen, wobei ich ihm die Leitung des Protokolls übertrug, in Folge dessen die gefangenen Lieutenants Otto Brachvogel und Burgund auf ihr Ehrenwort nicht gegen die Polen zu kämpfen in Freiheit gesetzt wurden, und ihn ermächtigte an demselben Tage die Ernennung neuer Beamten in der Stadt Moschin zu veranlassen. Gleich in den ersten Morgenstunden dieses Tages in dem Lager bei Moschin, es war der 3. Mai, hatte ich ihn in Beisein mehrerer Offiziere erklärt, daß er uns nicht verlassen dürfe und wenn er dem Vaterlande mit dem Schwerde zu dienen nicht vermöge, so müsse er es mit der Feder thun. — Da ich sein Versprechen dazu damals nicht habe erlangen können, so trug ich am Abend desselben Tages in der Versammlung des gesammten Offizierkorps zu Rogalin, in welcher ich mit 22 gegen 3 Stimmen zum Oberbefehlshaber der polnischen Partisanen des Großherzogthums Posen gewählt worden bin und zu meinem Chef des Stabes Hr. Franz Maciejowski ernannt worden war — die Motion vor, daß wir den Herrn Krauthofer-Krotowski auf keinen Fall fortlassen könnten, indem er, als hochgebildeter und geistreicher Mann bekannt, in Zeiten, wo jede That von Bedeutung sofort vor die Schranken der öffentlichen Meinung treten muß, der geeignetste wäre, unsere heilige Sache mit der Feder zu vertreten. Alle Offiziere zollten meinen Worten Beifall und schwooren hoch ihn nicht fortzulassen. — Darauf wurde ihm das Bureau unserer Freikorps übertragen und er fungirte auch wirklich als zweiter Chef des Stabes und unterzeichnete sich auch als solcher und nie anders in den Erlassen an das Generalkommando von Posen, an die Generalkommission zu Posen, an die Oberlandesgerichte zu Posen und zu Bromberg hinter mir und Franz Maciejowski, auch werden die Abschriften der von mir erlassenen Tagesbefehle, welche durch die Unvorsichtigkeit meines Adjutanten in Rogalin gelassen worden waren und welche Ihnen, Hr. General, wohl nicht unbekannt geblieben sind, die besten Belege zu der Beschreibung seiner Funktionen liefern.

Irrethümlich wird daher behauptet, daß Herr Krauthofer-Krotowski irgend eine Abtheilung von Partheigängern selbst angeführt, oder in irgend einer Weise selbstständig gewirkt hatte. Ich will mehr sagen, Niemand, ich sage Niemand wird sich finden, welcher die Behauptung aufstellen könnte, ihn mit Waffen in der Hand, bereit zum Einhauen gesehen zu haben, obgleich ich ihm nur das beste Zeugniß seines persönlichen Muthes geben kann, da ich ihn bei einer bekannten Affaire an meiner Seite, unter einem Hagel von Kugeln mit dem kältesten Blute von der Welt stehen sah.

Nach einer gerechten Prüfung des in Wirklichkeit Geschehenen wird die unermessliche Schuld und die unzählbaren Verbrechen, welche man Krauthofer-Krowatski schuld giebt, sehr gering ausfallen; nur das eine und unauslöschliche Verbrechen wird stehen bleiben, daß er ein ächter und wahrer Pole ist, und er wird somit in die große Kategorie der übrigen Polen des Großherzogthums Posen fallen müssen, bei denen Allen die Preussische Regierung, wie Sie sich neulich wohl überzeugt haben, nicht besonders viele Sympathieen und Stützen für die Zukunft gefunden haben mag.

Ihnen Herr General diese unumstößlich wahre Berichtigung der Anschuldigungen gegen einen ehrenwerthen Mann mitzutheilen hielt ich, wie gesagt, für meine heilige Pflicht, damit Herrn Krauthofer, Krotowski seine Richter nicht für Verbrechen strafen möchten die er nie begangen und für die ich allein verantwortlich sein mußte. Sie Herr General werden bei Ihrer, mir in Deutschland gerühmten Humanität und Gerechtigkeitsliebe, diese, auf Wahrheit gegründete Rechtfertigung gewiß auch mit geneigtem Wohlwollen annehmen, und, wie ich von Ihrem Edelmuthe zuversichtlich hoffen kann, Ihren vom 8. Mai datirten, uns so sehr feindselig gesinnten Tagesbefehl in Beziehung auf Krotowski nach dem wahren Bestand seiner Handlungsweise modificiren.

Sowohl mein Chef, Ludwik Miroslawski, denn als solchen hatte ich ihn in jeder Stunde anerkannt, als auch ich durch die Umstände der Zeit genöthigt die Waffen zu ergreifen, haben nur mit würdigen Waffen gegen das Preussische Heer gekämpft.

Die Zeit wird bald kommen, wo trotz aller Verleumdungen, einer jetzt noch leider größtentheils verkäuflichen Presse die Welt dies vollkommen anerkennen wird. Herr General, Sie standen uns bisher als unversöhnlicher Feind gegenüber, mögen wir jetzt in Ihnen einen edlen und gerechten Sieger erblicken, welchen wir, wenn auch nicht lieben, doch stets achten können.

Frankfurt a. M., den 28. Mai 1848.

Frankfurt a. M., den 28. Mai 1848.

Verichtigung. — In No. 134. S. 784. 2. Spalte Zeile 17. von unten soll es heißen statt zum gerichtlichen Protocoll gegebenen Briefe „zum ger. Prot. ansetzten Briefe.“ — Seite 785. 1. Spalte Zeile 38. von unten soll es heißen statt heraufzubeschwören suchte „heraufzubeschwören wußte“

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

In einer mir so eben zu Gesicht gekommenen Bekanntmachung des Herrn General v. Pfuël Excellenz, sehe ich meinen Prinzipal, den Herrn Grafen Seliodor Skorzewski als Organisateur en chef, behufs Bildung polnischer Nationaltruppen mit dem Bemerken bezeichnen, daß derselbe die Annahme dieser Charge durch seine Namensunterschrift bestätigt haben soll.

Als erster Beamter des Herrn Grafen Störzewski, der mich stets mit seinem Vertrauen beehrt hat, halte ich es in seiner Abwesenheit um so mehr für eine heilige Pflicht, einen Irrthum aufzuhellen, der meiner festen Ueberzeugung nach, hier nur obwalten kann.

Es ist wahr, daß dem Herrn Grafen vom polnischen National-Comité der schriftliche Auftrag wurde, im Chodziesener Kreise Nationaltruppen zu organisiren; indes mußte er diesen Auftrag, der ihm in den letzten Tagen des Monats März e. zugeing, aus dem einfachen Grunde ablehnen, weil er Deputirter des am 2. April zusammenberufenen Landtages war.

Kattisk stieß fest, und ich kann es verbürgen, daß der Herr Graf Skór-
zewski an demselben Tage, an dem ihm der qu. Auftrag vom National-Co-
mité zugeing, in einem an dasselbe gerichteten, durch seine Namensunter-
schrift bestätigten Schreiben, denselben ablehnte, und des Tages darauf nach
Wien, mithin dahin abging, wohin ihn die Pflicht rief.

Den 11. Juni 1848.

Kommissarius der Herrschaft Prochnowo.

Samter im Großherzogthum Posen, den 12. Juni 1848.
 Wenn es ernst ist, um das Wohl seines Vaterlandes und seiner Mitbürger,
 der hat die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen, ohne Leidenschaftlichkeit, ohne Per-

Könlichkeit, mit dem innern Gefühl das Gute zu wollen, verfolgt er die heiligsten Interessen.

Der Landrath des hiesigen Kreises, Herr v. Haza, hat zur Abwendung der, der deutschen Bevölkerung dieses Kreises drohenden Gefahr während der jüngsten polnischen Revolution sich nicht veranlaßt gefunden, irgend Etwas zu thun! ja! er ist so weit gegangen, daß er die Niederlegung der Waffen der Bürgerwehr verlangte, obgleich diese mit Genehmigung des commandirenden Generals Herrn v. Colomb und von diesem mit Waffen und Munition unterstützt, ins Leben getreten war. Die Gesinnung gegen den Herrn v. Haza sprach sich daher allgemein und öffentlich auf das Unzweideutigste aus, und veranlaßte 45 Einwohner der Städte und des Kreises Samter im Namen der deutschen Bevölkerung diese Mißliebigkeit des Herrn v. Haza und sein Benehmen in dieser Zeit dem commandirenden General Herrn v. Colomb unterm 16. April c. auszusprechen und durch Thatfachen mit Beweisen unterstützt zu be-
wahrheiten.

Der Herr General v. Colomb hat diesen Bericht dem Herrn Ober-Präsidenten v. Beurmann zugestellt, welcher erst auf wiederholtes Ansuchen vom 27. Mai c., nach 6 Wochen, den 2. Juni c., an den Fünfundvierziger-Ausschuß nachstehende Verfügung erlassen hat:

„Auf das Gesuch vom 27. Mai 1848 — wegen Abberufung des Herrn Landrath v. Haza.

Per copiam decreti

„zum Bescheide:

„Die von dem Justiz-Commissarius Ahlemann und fünfundvierzig anderen Einwohnern unterzeichnete Eingabe vom 17. April c., welche wir keineswegs als den Ausdruck der Gesinnung des ganzen Kreises Samter und der Städte Samter, Bronke und Odrzko erachten, hat uns nicht veranlassen können, der wider den Landrath v. Haza angebrachten Denunciation, nach-
dem wir denselben darüber gehört haben, weitere Folge zu geben. Wir haben die gedachte Eingabe übrigens dem Herrn Landrath v. Haza

„in originali zugehen lassen, und wird den Bittstellern von demselben die weitere Eröffnung zugehen.“

Posen, den 30. Mai 1848.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.
v. Bunting.

An den Herrn Justiz-Commissarius Ahlemann und Genossen
Wohlgebornen

2162/5/48. I.

nach welcher der Herr v. Haza, als Angeklagter, uns, die Ankläger, auf unsere Denunciation gegen ihn bescheiden soll.

Daß die von uns über Herrn v. Haza ausgesprochene Gesinnung, die derjenigen deutschen Bewohner des ganzen Kreises, sowie der Städte Samter, Bronke und Odrzko, denen das Wohl ihrer Mitbürger, sowie ihres Vaterlandes und die Ruhe und Ordnung dieser Provinz am Herzen liegt, haben dieselben in einem von Tausenden unterschriebenen Verichte an das hohe Staats-Ministerium, dem diese Angelegenheit zur Entscheidung vorgetragen worden, zu erkennen gegeben, und sogleich auf das ungeeignete Verfahren der Königl. Regierung gegen unsere Denunciation aufmerksam zu machen, sich beehrt

Dies bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß des gesammten deutschen Publikums mit dem Bemerkten, daß der Herr v. Haza gegen Einige von uns, wegen der von **Sämmtlichen** gegen ihn angebrachten Denunciation auf fidele Untersuchung anzutragen, sich nicht gewährt hat, über deren Verfolg, sowie über die Sache selbst wir seiner Zeit fernere öffentliche Mittheilung machen werden.

Der Fünfundvierziger-Ausschuß der deutschen Bewohner
des Kreises Samter,
in deren Namen

Ahlemann, Rürkner,
Königl. Justizcommiss. u. Mitvorkand der Baumeister u. Command. der deutsch.
Bürgerhäuser zu Samter. Schutzbrigade zu Bronke.

Sommertheater im Odeum.

Mittwoch den 14. Juni: Liebe kann Alles;
oder: Die bezähmte Widerspenstige; Lust
1 Akt. — Hierauf: Der ist mit? Vaudeville in
1 Aufzuge.

Allen auswärtigen Bekannten, welche sich während meines zweimaligen Aufenthalts in Salzbrunn stets so freundlich gegen mich gezeigt haben, — den letzten Gruß — von meinem Schmerzenslager! —
Posen, den 24. Mai 1848.

Virginie Graßmann,
geb. Treppmacher.

Mit Bezugnahme auf obige Abschiedsworte beehre ich mich Verwandten und Freunden, die nach Jahren langen schweren Leiden in Folge Unterleibschwind sucht am heutigen Tage Abends 7 Uhr in einem Alter von 37 Jahren erfolgte Dahinscheiden meiner geliebten Frau, Virginie geb. Treppmacher, ergehenst anzuzeigen.

Posen, den 10. Juni 1848.

Carl Graßmann.

So eben ist erschienen und bei **G. S. Mittler** in Posen zu haben:

Altenmäßige Darstellung
der Polnischen Insurrektion im Jahre 1848 und Beleuchtung der durch dieselbe entstandenen politischen und militairischen Fragen. Mit Genehmigung Sr. Excellenz des commandirenden Generals, von
E. v. Voigts-Rheg,

Major im Königl. Preuss. Generalstabe.

Preis 7½ Sgr.

Zum Besten der verwundeten Soldaten.

Bekanntmachung.

Die Frau Albertine Dominica Marcelline von Bronikowska, geborne von Swieczka, hat nach erreichter Großjährigkeit mit ihrem Ehemanne, dem Doktor Anton von Bronikowski, in der gerichtlichen Verhandlung vom 14ten März dieses Jahres die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Posen, den 3. Juni 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für Nachlaß- und Vormundschaftsachen.

Gerechtliches Aufgebot.

Auf dem im Breschener Kreise belegenen, früher dem Rittmeister Anton v. Czarniecki gehörig gewesenen adelichen Gute Gorazdowo ist unter Rubrica III. No. 2. des Hypothekenbuches folgendes eingetragen gewesen:

„Die den Geschwistern des Eigenthümers Anton v. Czarniecki, namentlich der minorennen Rosa, Marianna und Angelica v. Czarniecka als Erben ihres Vaters Adalbert v. Czarniecki aus dem vierten Theile des eigentlichen Werthes dieses Gutes gebührende, in Absicht des Quanti noch nicht ausgemittelte, in baarem Gelde zu leistende Abfindung, welche nach der Anmeldung vom 11ten November 1795 auf den Grund der Agnition des Eigenthümers Anton v. Czarniecki vom 26sten Oktober 1796 und 11ten April 1797 vigore decreti

vom 18ten November 1797 allhier eingetragen worden.“

Das Gut Gorazdowo ist unter Sequestration und demnächst zur Subhastation gestellt worden.

Bei der Vertheilung der Revenüen und Kaufgelder ist auf obige Post ein Kapitale-Antheil von 9934 Rthlr. 15 Sgr. 3 Pf., zinsbar vom 9ten November 1837 ab, gefallen, welcher bei dem Depositorio weiter verzinslich, als eine Special-Masse angelegt worden ist, weil das Hypotheken-Dokument fehlt.

Diese Special-Masse, bestehend in dem Kapitale von 9934 Rthlr. 15 Sgr. 3 Pf., und den davon bereits auf gekommenen und noch aus kommenden Zinsen wird hiermit ausgeteilt. — Es werden alle diejenigen Unbekannten, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonst Berechtigte Ansprüche an die Special-Masse zu haben ver-
meinen, aufgefordert, diese Ansprüche spätestens in dem vor dem Oberlandesgerichts-Referendarius Keigel auf den 29sten December 1848 Vormittags um 10 Uhr

in unserm Instruktionszimmer anberaumten Termine bei Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Rittmeister Anton v. Czarniecki und die Erben der Antonina v. Czarniecka, werden hierdurch öffentlich von dem anberaumten Termine benachrichtigt.

Posen, den 19. März 1848.

Königl. Ober-Landesgericht. Abtheilung
für die Prozeß-Sachen.

A u f r u f.

Der Posener 4 proc. Pfandbrief No. 71/2780. Karzewo, Kreis Kosten, über 500 Rthlr. nebst den dazu gehörigen Zins-Coupons von Johanni 1839 ab, ist dem Guts-Pächter Gustav Klar zu Lomnica bei Bentzen, nach dessen eidlicher Angabe in dem hiesigen Gasthose zum weißen Roß im Monat Juni 1839. entwendet worden. Der etwaige Inhaber dieses Pfandbriefes wird aufgefordert, sich spätestens in Termino den 8. Januar 1849. Vormittags um 10 Uhr vor dem Deputirten, Oberlandes Gerichts Referendarius Rappold in unserm Instruktions-Zimmer zu melden, widrigenfalls er die Amortisirung des Pfandbriefes unter Verlust seiner etwaigen Rechte daran, zu gewärtigen hat.
Posen, den 6. Februar 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

Wein-Auktion.

Mittwoch den 14ten Juni Vormittags von 10 und Nachmittags von 4 Uhr ab sollen im Koltschen Keller Markt No. 72., 500 Flaschen guter Französischer Rothwein und eine Parthie Ungarwein in Parthien à 10 Flaschen, gegen baare Zahlung in Pr. Courant versteigert werden. Anschüß.

Wein-Auktion.

Donnerstag den 15ten Juni sollen im Koltschen Keller, Markt No. 72., Vormittags von

10 und Nachmittags von 4 Uhr ab 400 Flaschen Rheinwein, worunter der Angabe nach seine Kabinets-Weine befindlich sein sollen, so wie auch eine kleine Parthie echter Champagner und Furgunder in Parthien à 10 Flaschen gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschüß.

Lotterie.

Die Gewinne der IV. Klasse 97ter Lotterie können erhoben werden.

Neue Loose zur 98sten Lotterie sind bereits vorhanden.

Der Ober-Einnehmer Bielefeld.

Ein verheiratheter Gärtner, mit guten Zeugnissen versehen, sucht als solcher eine Anstellung. Näheres beim Hofgärtner Gredde zu Posen.

Ein anständiges gebildetes Mädchen von guter Familie sucht ein Unterkommen als Wirtschafterin; ist auch in feinen Arbeiten geschickt und der Polnischen und Deutschen Sprache mächtig.

Das Nähere erfährt man bei dem Konditor Herrn Ziegler auf St. Martin No. 62.
Posen, den 13. Juni 1848.

Gerber-Straße No. 7. sind Wohnungen und eine große Remise vom 1. Juli d. J. ab zu vermieten.

Gerber- und Büttelstraßenecke No. 19 sind große und kleine Wohnungen billig zu vermieten, das Nähere beim Wirth daselbst.

Die Verlegung meines Waaren-Lagers nach dem ersten Stock desselben Hauses zeige ich hiermit ergebnis an.

Herz Königsberger,
Markt 91.

Zu Nähen geübte Mädchen finden dauernde Beschäftigung in der Wägenfabrik von

Eelig Morat,
Breitestraße No. 2.

100 Scheffel gute Roggen-Kleie ist billig zu haben bei

Joseph Feiler,
Judenstraße No. 3.

1846^{er}

Rheinwein vorzüglicher Güte, empfehle ich zu billigsten Preisen, als: Laubenheimer à 15 Sgr., Niersteiner à 20 Sgr., Rüdesheimer à 1 Thlr., Geisenheimer Rothberg à 1½ Thlr. pro 2 Quartflasche; 1846er Moselwein à 15 Sgr. Ferner alle Sorten französische Weine, rothe Weine: Medoc St. Estephe und St. Julien von 12½ Sgr. an pro 2 Quartflasche; desgleichen empfehle ich mein wohl assortirtes Lager von 1846er, sowie auch älteren Sorten Ungarweine in Flaschen, als Gebinden zu den billigsten Preisen. Frischen engl. Porter.

Carl Scholtz.

Neue Matjes-Heringe, so wie ächte Prabanter Sardellen empfang und offerirt

Moriz Orenstein, Mühlstraße No. 3.